

Zusammenfassung der EU-Reaktionen auf die Covid-19 Pandemie

30. April 2020

Auflistung der europäischen Entscheidungen

Datum	Zahl der Fälle und der Toten	Europäische Reaktion
24. April	1 087 272 Fälle 120 14 Tote	<p>Die Europäische Kommission kündigte die Geberinitiative "Coronavirus Global Response" an, die am 4. Mai 2020 gestartet werden soll, und fordert, dass sich die Welt gemeinsam gegen das Coronavirus zusammenschließt.</p> <p>Die zweite Verhandlungsrunde zu den künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich findet statt.</p> <p>Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) gibt EU-Leitlinien für eine sichere Rückkehr zum Arbeitsplatz heraus.</p>
27. April	1 073 367 Fälle 118 479 Tote	<p>Die Kommission erhält einen ersten vorläufigen Antrag auf Unterstützung aus dem EU-Solidaritätsfonds aufgrund einer gesundheitlichen Notlage aus Italien.</p> <p>Ein informelles Treffen der EU-Tourismusminister findet statt, um bewährte Verfahren auszutauschen und Möglichkeiten zur Unterstützung dieses von der COVID-19-Krise stark betroffenen Sektors zu ermitteln.</p>
28. April	1 087 272 Fälle 120 144 Tote	<p>Auf der Ebene des Rates der Europäischen Union finden zwei Videokonferenzen statt: ein informelles Treffen der Energieminister und eine Konferenz der Innenminister.</p>

		<p>Die Kommission nimmt ein Bankenpaket an, das den Banken unionsweit die Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen erleichtern soll.</p> <p>Der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments genehmigte ein Mandat für die Übergangsverordnung zur Unterstützung des Agrarsektors.</p>
29. April	1 097 667 Fälle 122 757 Tote	<p>Eine informelle Videokonferenz der für Verkehr zuständigen EU-Minister findet statt, um die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zu bewerten.</p> <p>Die Europäische Kommission leitet ein Vertragsverletzungsverfahren ein, um die Unabhängigkeit der polnischen Richter zu gewährleisten.</p> <p>Die Europäische Kommission kündigte finanzielle Unterstützung der EU für den westlichen Balkan in Höhe von über 3,3 Mrd. EUR zur Bewältigung der COVID-19-Krise an.</p>

Von der EU als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie unternommene Schritte und die Position der SPE-Fraktion

Der Europäische Ausschuss der Regionen

Der Ausschuss wird am 7. Mai eine Erklärung zum Thema „Lokale und regionale Gebietskörperschaften als Akteure der europäischen Reaktion auf die COVID-19-Krise“ verabschieden. Mitglieder können Änderungsanträge zum Erklärungsentwurf bis zum 4. Mai um 9.00 Uhr über das Mitgliederportal einreichen. Das Sekretariat der SPE-Fraktion hat bereits 21 Änderungsantrag zur Prüfung an die Mitglieder gesendet.

Neue Initiativen der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission arbeitet an dem neuen Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und den Wiederherstellungsfonds, der voraussichtlich am 6. Mai veröffentlicht werden wird. Der Vorschlag der Kommission sollte den Zusammenhang mit dem MFR zur Bewältigung der aktuellen Krise und ihrer Folgen klarstellen. Die Kommission soll folgende Vorschläge prüfen:

- Erhöhung des **"Spielraums"** zwischen der Ausgabenobergrenze des MFR und der Obergrenze für Eigenmittel (derzeit 1,20% des EU-BNE) für mindestens einige Jahre bis zu 2% des EU-BNE, um zusätzlichen Raum zur Verleihung zusätzlicher Ressourcen auf dem Finanzmarkt zu schaffen;

- Verwendung des auf dem Finanzmarkt gesammelten Geldes über ein **temporäres Wiederherstellungsinstrument (RI)**, das auf der Grundlage von Art. 122 AEUV zur Finanzierung eines **Europäischen Wiederherstellungsfonds / einer Europäischen Fazilität / eines Europäischen Programms** in Höhe von rund 320 Mrd. EUR (zu bestätigen);
- Die **Rückzahlung der Anleihen** könnte entweder über einen langen Zeitraum von den Mitgliedstaaten erfolgen, die Darlehen erhalten haben, oder durch künftige zusätzliche Eigenmittel. Der MFR für 2021-2027 würde nur Zinszahlungen von rund 0,5 Mrd. EUR pro Jahr abdecken;
- Die Mittel der Europäischen Wiederherstellungsfonds könnten dann zur Unterstützung ODER Ergänzung von EU-Instrumenten wie dem **Strukturreform-Unterstützungsprogramm** und der **Kohäsionspolitik** verwendet werden, um zusätzliche Unterstützung für die Ankurbelung der Wirtschaft durch Zuschüsse und Darlehen an die Mitgliedstaaten zu leisten.

Insgesamt scheinen sich die Chancen für eine Einigung über den MFR noch im Juni erhöht zu haben.

Für die Kohäsionspolitik hat die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Elisa Ferreira, in einem Interview mit POLITICO Europe bestätigt, dass einige der Kohäsionsfonds Gelder beinhalten könnte, die die Kommission über die Finanzmärkte beschaffen würde. Die Europäische Kommission könnte zudem vorschlagen, die bestehenden Kohäsionsfonds und die Regeln für die Kohäsionsausgaben, die alle Ende dieses Jahres auslaufen sollen, bis 2022 zu verlängern. Dieser Ansatz würde es ermöglichen, die kohäsionspolitischen Ausgaben im Rahmen der derzeitigen (erweiterten) Regeln zur Ankurbelung der Wirtschaft zu nutzen, während sich die künftigen Programme auf die langfristigen Entwicklungsstrategien konzentrieren würden, die mit den EU-Zielen des Green Deal und des digitalen Wandels verbunden sind. In dem Dokument wird auch gefordert, dass parallel neue Kohäsionsprogramme gestartet werden, die den Start neuer Initiativen wie der Fonds für einen gerechten Übergang ermöglichen, und dass die Kommission „vorübergehend von einigen Vorschriften zugunsten einiger oder aller Mitgliedstaaten in der Krise abweicht“.

- **EU-Kommissarin Elisa Ferreira spricht mit POLITICO Europe über die wirtschaftliche Erholung**, *POLITICO Europe*, 27. April, <https://www.politico.eu/podcast/eu-confidential-coronavirus-edition-7-commissioner-elisa-ferreira-on-economic-recovery-critical-seasonal-workers/>

Nicht im Zusammenhang mit COVID-19, sondern diesmal mit Rechtsstaatlichkeit hat die Europäische Kommission am 29. April ein neues förmliches Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet. Es betrifft das neue polnische Justizgesetz, das im Dezember 2019 verabschiedet und im Februar 2020 in Kraft getreten ist. Die polnische Regierung hat nun zwei Monate Zeit, um auf die Frage der Unabhängigkeit der polnischen Richter zu reagieren.

- **“Die EU leitet ein Gerichtsverfahren gegen Polen ein”**, *Euractiv*, 29. April, <https://www.euractiv.com/section/justice-home-affairs/news/eu-launches-judicial-freedom-case-against-poland/>
- **“Die Kommission leitet das vierte Vertragsverletzungsverfahren gegen die Rechtsstaatlichkeit in Polen ein”**, POLITICO Europe, 29. April, <https://www.politico.eu/article/brussels-launches-4th-infringement-procedure-over-polands-rule-of-law/>

Das Europäische Parlament

Wirtschaft

Am Montag, 27. April, hat der Wirtschaftsausschuss (ECON) die wirtschaftlichen Auswirkungen und die Reaktion auf den Ausbruch von Covid-19 mit Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis und Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni diskutiert. Der Verkehrsausschuss (TRAN) hat die Reaktion auf die Covid-19-Krise im Verkehrssektor mit Kommissarin Adina-Ioana Vălean diskutiert.

Irene Tinagli, S & D-Vorsitzende des ECON-Ausschusses, hat gefordert, mutige Maßnahmen auf europäischer Ebene zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft nach der Krise einzuleiten, da ansonsten die Stabilität und der Zusammenhalt der Eurozone unter einem beispiellosen Druck stehen würden.

Paolo Gentiloni hat in seiner Antwort unterstrichen, dass mehr getan werden muss, um den wirtschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten, indem erstens der Binnenmarkt wiederhergestellt und vertieft werden soll und zwar besonders jene Wirtschaftssektoren, die der Krise stärker ausgesetzt sind, und zweitens die Erholung der Wirtschaft mit einer Art Marshallplan modernisiert werden muss und daher Bemühungen erforderlich sind, massiv in den digitalen und grünen Übergang zu investieren. Die soziale Nachhaltigkeit wird ebenfalls von entscheidender Bedeutung sein.

Landwirtschaft

Am Dienstag, 28. April, hat der Landwirtschaftsausschuss (AGRI) über Übergangsmaßnahmen zur Unterstützung des Agrarsektors durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Agrargarantiefonds ab dem 1. Januar 2021 abgestimmt. Dies ist ein sehr wichtiger Schritt zum Schutz eines von der COVID-Krise stark betroffenen strategischen Sektors. Diese Entscheidung sollte am 4. Mai in Kraft treten.

- **“S&D Fraktion: Inmitten der COVID-19-Krise sorgen wir für Sicherheit und weitere Mittel für den EU-Agrarsektor”**, Pressemitteilung der S&D Fraktion, 29. April, <https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/newsroom/sd-fraktion-inmitten-der-covid-19-krise-sorgen-wir-fuer-sicherheit-und-weitere-mittel-fuer>
- **“Die EU-Abgeordneten einigen sich auf eine zweijährige Überbrückung der GAP-Kluft”**, *Euractiv*, 29 April,

<https://www.euractiv.com/section/agriculture-food/news/meps-agree-on-two-year-bidging-cap-divide/>

Der Rat der Europäischen Union

Tourismus

Am Montag, 27. April, haben die für Tourismus zuständigen Minister der Europäischen Union in einer informellen Videokonferenz betont, dass der Tourismus folgend auf ein Schreiben von neun EU-Mitgliedstaaten (Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Frankreich, Malta, Zypern, Bulgarien und Rumänien) zu den Hauptprioritäten des Wiederherstellungsplans der EU gehören sollte. Darüber hinaus haben sie die Notwendigkeit einer Harmonisierung in Fragen wie der Rückerstattungen für Pauschalreisen und Liquidität von Reiseveranstaltern sowie die Möglichkeit von „Touristenkorridoren“ zwischen Mitgliedsländern, die eine Überwachung durch Epidemiologen beinhalten würde, und die Idee eines COVID-19-Passes diskutiert.

Der Tourismus macht 10% des BIP der EU aus und stellt fast 12% der Beschäftigten in der Europäischen Union. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat „intelligente Lösungen“ und „detailliertere Leitlinien“, versprochen, um die Kontrollen in koordinierter Weise in ganz Europa aufzuheben: es steht allerdings noch nicht fest, wann letztere veröffentlicht werden sollen. Nach Angaben der Europäischen Kommission könnte der Tourismussektor der EU in diesem Jahr mindestens 50 Prozent seines Umsatzes verlieren.

- **Pressemitteilung der kroatischen Ratspräsidentschaft zum Treffen**, <https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=259>
- **“Europas abgesagte Sommerferien”**, *POLITICO Europe*, 27. April, <https://www.politico.eu/article/coronavirus-europe-canceled-summer-holiday/>
- **“ Für den Süden Europas ist ein gemeinsamer Ausstiegsplan erforderlich, um den Tourismus zu retten ”**, Euractiv, 27. April, <https://www.euractiv.com/section/politics/news/europes-south-says-common-exit-plan-needed-to-save-tourism/>

Die Situation des Tourismussektors ist für viele Städte und Regionen, die in der SPE-Fraktion vertreten sind, besonders besorgniserregend. Es wird wichtig sein sicherzustellen, dass Unternehmen, und zwar insbesondere kleine Unternehmen, finanziell durch den Wiederherstellungsplan unterstützt werden. Eine Stellungnahme zum nachhaltigen Tourismus wird derzeit im NAT-Fachausschuss erarbeitet (Berichterstatter: Manuel Alejandro Cardente Flores - ES / RE). Sie soll auf der Tagesordnung des Online-NAT-Treffens im Juni stehen.

Innere Angelegenheiten

Das Thema Migration stand ganz oben auf der Tagesordnung der Sitzung des Rates für allgemeine Angelegenheiten vom 28. April, auf der die Innenminister der EU über drei

weitere Hauptbereiche diskutierten: Binnen- und Außengrenzen, Verwendung von Rückverfolgungsanträgen und Verlagerung krimineller Aktivitäten.

Besonders schwierig ist die Situation an der Grenze zur Türkei, wo die [Europäische Kommission](#) eng mit den griechischen Behörden zusammenarbeitet, um bei der Umsetzung eines Notfallplans zur Bewältigung der Risiken eines möglichen Ausbruchs des Coronavirus in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln zu helfen. Der Transfer unbegleiteter Minderjähriger auf das europäische Festland wird durch den COVID-19-Ausbruch erheblich behindert, auch wenn Luxemburg und Deutschland begonnen haben, erste Personengruppen aufzunehmen.

Als [SPE-Fraktion](#) sind wir davon überzeugt, dass Europa jetzt handeln muss, um zu verhindern, dass die Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit und des Sozialsektors sich in eine humanitäre Krise verwandelt. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine umfassende Reform des migrations- und asylpolitischen Rahmens der EU dringender denn je ist und nicht durch die Fokussierung auf die unmittelbare Gesundheitskrise verzögert werden sollte.

- **“Dauerhafte Solidaritätsmechanismen für Migration und Asyl werden langsamen und unzuverlässigen Reaktionen ein Ende bereiten”**, Position der S&D-Fraktion vor dem Treffen
<https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/newsroom/dauerhafte-solidaritaetsmechanismen-fuer-migration-und-asyl-werden-langsam-und-unzuverlaessigen-reaktionen-ein-ende-bereiten>
- **“EU-Kommission, Experten fordern Verhaltenskodex für die Rettung von Migranten auf See”**, *Euractiv*, 27. April,
<https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/commission-experts-call-for-code-of-conduct-on-migrant-sea-rescues/>
- **Pressemitteilung der kroatischen Präsidentschaft nach dem Treffen**, 28. April,
<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=262>
- **“Migranten in der COVID-19-Zählung sichtbar machen: das Dilemma”**, *Open Democracy*, 28. April,
<https://www.opendemocracy.net/en/can-europe-make-it/making-migrants-visible-covid-19-counting-dilemma/>

Energie

Am 28. April haben die EU-Energieminister eine informelle Videokonferenz über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Energiesektor abgehalten, in der auch Fragen der Bereitschaft und Erholung behandelt wurden. Die Minister waren sich einig, dass der Energiesektor im Einklang mit dem Europäischen Green Deal und zusammen mit den nationalen Energie- und Klimaplänen eine Schlüsselrolle für einen nachhaltigen Wiederherstellungsplan spielen wird.

- **“EU-Energieminister führen Krisengespräche über das Coronavirus”**, *Euractiv*, 28. April,
<https://www.euractiv.com/section/energy/news/eu-energy-ministers-hold-crisis-talks-over-coronavirus/>

- **Pressemitteilung der kroatischen Präsidentschaft nach dem Treffen, 28. April,** <https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=261>

Transport

Am 29. April haben sich die für Verkehr zuständigen Minister zu einem informellen Treffen versammelt, um die Folgen der COVID-19-Pandemie zu erörtern. 90% der europäischen Flüge wurden eingestellt. Soziale Distanzierungsmaßnahmen scheinen sehr schwierig umzusetzen, und viele Fluggesellschaften haben bereits die Unterstützung ihrer nationalen Regierung (Lufthansa / Austrian, Air France / KLM) angesucht und gefunden. Nach einem von 12 Mitgliedstaaten unterzeichneten [Schreiben](#), das jetzt mehr Unterstützung erhält, einigten sich die Minister darauf, die Fahrgastrechte unter diesen außergewöhnlichen Umständen auszusetzen. Einige Mitgliedstaaten lehnten Änderungen der geltenden Vorschriften ab, um die berechtigten Erwartungen der Fluggäste nicht zu vereiteln. Die 12 Staaten, die das Schreiben unterzeichnet haben, repräsentieren möglicherweise eine qualifizierte Mehrheit im Rat.

Darüber hinaus unterstützen die europäischen Minister die Sicherung grüner Fahrspuren, um den Warentransport innerhalb der EU zu erleichtern. Sie erkennen auch die Notwendigkeit an, die Rolle der Schienengüterverkehrskorridore zu stärken. Zudem legen die Minister für den Bereich der Schifffahrt Wert darauf, sichere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

In Bezug auf den MFR besteht Einigkeit darüber, dass der MFR und der Wiederherstellungsfonds die Bedürfnisse des Verkehrssektors, insbesondere in Bezug auf Liquidität und Investitionen vollständig widerspiegeln sollten. Die Notwendigkeit, diese Investitionen an die Umsetzung des Europäischen Green Deal anzupassen wurde unseres Wissens nicht erwähnt.

- **Pressemitteilung der kroatischen Präsidentschaft nach dem Treffen, 29. April,** <https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=263>

Die Europäische Sozialdemokratische Familie

Darüber hinaus wurden weitere Positionen von unseren Mitgliedern und anderen Partnern der SPE-Familie angenommen. Hier findet ihr eine Zusammenstellung:

- **Enrico Rossi, Vizepräsident der SPE-Fraktion und Präsident der Region Toskana (Italien),** 23. April, <https://agenceurope.eu/en/bulletin/article/12473/36>
- **Gentiloni: Bis Mitte September sollte ein EU-Wiederherstellungsfonds in Höhe von 1,5 Mrd. EUR bereitstehen,** *POLITICO Europe*, 26. April, <https://www.politico.eu/article/gentiloni-a-e1-5t-eu-recovery-fund-should-be-ready-by-mid-september/>
- **SPE-Frauen und Rainbow Rose: Die EU muss handeln, um die Diskriminierung in Polen zu stoppen,** 27. April, <https://www.pes.eu/en/news-events/news/detail/PES-Women-and-Rainbow-Rose-EU-must-act-to-stop-discrimination-in-Poland/>
- **EU-Kommissarin Elisa Ferreira spricht mit POLITICO Europe über die wirtschaftliche Erholung,** *POLITICO Europe*, 27. April,

<https://www.politico.eu/podcast/eu-confidential-coronavirus-edition-7-commissioner-elisa-ferreira-on-economic-recovery-critical-seasonal-workers/>

- **“Covid-19: Niedriglohnempfänger riskieren Leben, schützen wir sie“**, von Per Hilmersson; stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), *EUobserver*, 28. April, <https://euobserver.com/opinion/148176>

Es sei zudem daran erinnert, dass die SPE-Fraktion ein online-Projekt gestartet hat, um Solidaritätsinitiativen innerhalb und zwischen Regionen und Städten bekannt zu machen:

- <https://pes.cor.europa.eu/covid-19-progressive-cities-and-regions-share-solidarity-projects>

Bisher haben wir insgesamt 32 Beiträge aus 10 Ländern erhalten, darunter einige Beiträge von jungen Lokal- und Regionalpolitikern/-innen unseres fortschrittlichen Netzwerks.



Beiträge können über das [auf diesem Link](#) zur Verfügung stehende Formular auf Deutsch eingesendet werden.

SPE-Fraktionsveranstaltung mit jungen Lokal- und Regionalpolitiker/-innen, 7. Mai, 18.30 Uhr (Brüsseler Zeit)

Darüber hinaus möchten wir Euch darüber informieren, dass wir eine Online-Debatte über diese Solidaritätsinitiativen zusammen mit dem Netzwerk progressiver junger Lokal- und Regionalpolitiker/-innen veranstalten werden, welches von der SPE-Vizepräsidentin Kata Tüttő moderiert werden wird. Unser Fraktionsmitglied Fernando Medina, Bürgermeister von Lissabon, wird als Redner teilnehmen. Die Veranstaltung findet am 7. Mai von 18:30 - 19:30 Uhr über Zoom statt. Vor dem Europatag werden wir Solidaritätsbeispiele diskutieren, die auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt wurden, sowie Ideen für die Zukunft Europas. Ihr könnt Euch über diesen Link für die Veranstaltung anmelden:

→ <https://us02web.zoom.us/meeting/register/tZAoc--vqz8oEt26aGY94-GlJpji9PAiTyls>

Der Kampf gegen Fake News

Die Europäische Union war in den letzten Wochen das Zentrum einer Kampagne von Desinformation und falschen Nachrichten. Nach ersten krenlfreundlichen Angriffen haben die Medien diese Woche ausführlich über die neue chinesische Propagandakampagne, welche die westlichen Demokratien und ihren Umgang mit dem Coronavirus kritisiert, berichtet.

- **“Beijing doubles down in EU propaganda battle”**, *POLITICO Europe*, 27. April, <https://www.politico.eu/article/beijing-doubles-down-in-eu-propaganda-battle/>
- **“EU ‘watered down’ report on Chinese disinformation about Covid-19”**, *The Guardian*, 27. April, <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/27/eu-watered-down-report-on-chinese-disinformation-about-covid-19>
- **“The Cost of Europe Bowing to China’s Disinformation and Pressure”**, *Carnegie Europe*, 28. April, <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/81663>

Verschiedene Organisationen stellen auch neue Quellen für den Kampf gegen Fake News zusammen. AEJ Belgium hat eine Liste von Aktivitäten, Tools, Best Practices und Expertenratschlägen erstellt, die zur Bekämpfung gefälschter Nachrichten zu COVID-19 verwendet werden können.

- <http://aej-belgium.eu/identifying-fake-news-in-coronavirus/>

Darüber hinaus hat die Google News Initiative gerade den Journalism Emergency Relief Fund angekündigt, der sich auf kleine und mittelständische Nachrichtenorganisationen auf der ganzen Welt konzentriert. Am Montag wurden zudem Anträge für das Facebook Journalism Project COVID-19 Local News Relief Fund gestellt. Diese beiden Initiativen könnten in dieser Krisenzeit die notwendige Unterstützung bieten.

- <https://newsinitiative.withgoogle.com/journalism-emergency-relief-fund>
- <https://www.facebook.com/journalismproject/programs/grants/coronavirus-local-news-relief-fund>

Hier findet ihr zudem einige Webseiten, die regelmäßig neue Informationen zum Thema Fake News zusammenstellen und Euch helfen können:

- **EUvsDISINFO:** <https://euvsdisinfo.eu/>
- **Betrugsmaschen im Zusammenhang mit COVID-19:** https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/consumers/enforcement-consumer-protection/scams-related-covid-19_de
- **COVID-19-Kampagnen mit ausländischem Einfluss: Europa und der globale Kampf um die Narrative**, Forschungsdienst des Europäischen Parlaments,

<https://epthinktank.eu/2020/04/07/covid-19-foreign-influence-campaigns-europe-and-the-global-battle-of-narratives/>

- **Europäische Solidarität in Aktion**, Europäische Kommission
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/FS_20_563
- **Coronavirus – Seite der Europäischen Kommission**,
https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response_de
- **Coronavirus- Seite des Europäischen Parlaments:**
<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/priorities/eu-antwort-auf-das-coronavirus>
- **“10 Dinge, die die EU unternimmt, um das Coronavirus zu bekämpfen”**,
Forschungsdienst des Europäischen Parlaments,
<https://www.europarl.europa.eu/news/en/headlines/society/20200327STO76004/10-things-the-eu-is-doing-to-fight-the-coronavirus>
- **Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten:**
<https://www.ecdc.europa.eu/en/novel-coronavirus-china>
- **Weltgesundheitsorganisation:**
<https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019>

Initiativen für Städte und Regionen

Wir sind sicher, dass ihr den Tag der Arbeit in diesem Jahr in anderer Weise feiern werdet. vorbereitet. Wir möchten Euch auf die Veranstaltung aufmerksam machen, die von der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) am Freitag, 1. Mai, ab 17:00 Uhr organisiert wird und an der unser Fraktionsvorsitzende, Christophe Rouillon, Sergei Stanishev, Präsident der SPE, die EU-Kommissare Frans Timmermans, Helena Dalli, Paolo Gentiloni, Josep Borrell, Maroš Šefčovič, Ylva Johansson, Elisa Ferreira, Nicolas Schmit, Jutta Urpilainen, sowie David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, Iratxe Garcia Perez, Vorsitzende der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament und Luca Visentini, Generalsekretär des EGB, und viele mehr teilnehmen werden.

→ <https://www.facebook.com/events/1088952914824471/>

Hier findet ihr erneut eine Liste der Quellen, die wir bereits geteilt haben. Alle diese Organisationen veröffentlichen regelmäßig Updates und Online-Veranstaltungen. Wir empfehlen Euch daher, ihre Websites zu besuchen:

- **Stiftung Bloomberg**
<https://cities4health.org/>
<https://www.cityleadership.harvard.edu/resources-sessions>
- **C40**
https://www.c40knowledgehub.org/s/cities-and-coronavirus-covid-19?language=en_US&tabset-5cf81=42fb1
https://www.c40knowledgehub.org/s/article/Cities-and-Coronavirus-COVID-19?language=en_US

- **Intelligente Städte – Initiative der Europäischen Kommission**
<https://www.intelligentcitieschallenge.eu/covid-19-webinars>
- **OECD**
<https://www.oecd.org/coronavirus/en/>
- **State of the Union, 6-8 Mai, Florenz**
<https://stateoftheunion.eui.eu/>
- **United Cities and Local Governments**
<https://www.uclg.org/en/issues/live-learning-experience-beyondtheoutbreak>

Weitere nützliche Informationen

Nachfolgend findet ihr eine Reihe nützlicher Artikel, die von verschiedenen Think Tanks und Organisationen zum Thema COVID-19 veröffentlicht wurden:

- **“Le Grand Continent: Organisation du territoire européen en temps de Covid-19, entre coopération et repli”**, 1. April 2020,
<https://legrandcontinent.eu/fr/2020/04/01/organisation-du-territoire-europeen-en-temps-de-covid-19-entre-cooperation-et-repli/>
- **“A Green Deal for All: How to achieve sustainability and equity between the people, regions, countries and generations of Europe in a post-COVID-19 era”**, 27. April, Stiftung für europäische progressive Studien,
<https://www.feps-europe.eu/resources/publications/731-a-green-deal-for-all.html>
- **“All eyes on ECB for further virus-fighting moves”**, Euractiv, 27. April,
<https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/all-eyes-on-ecb-for-further-virus-fighting-moves/>
- **“Dutch spell out green ideas for EU recovery fund”**, Euractiv, 27. April,
<https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/dutch-spell-out-green-ideas-for-eu-recovery-fund/>
- **“State Aid And The Pandemic: How State Aid Can Back Coronavirus Economic Support Measures”**, Forschungsdienst des Europäischen Parlaments, 28. April,
<https://epthinktank.eu/2020/04/28/state-aid-and-the-pandemic-how-state-aid-can-back-coronavirus-economic-support-measures/>
- **“Coronavirus Crisis Support For EU Farmers”**, Forschungsdienst des Europäischen Parlaments, 28. April,
<https://epthinktank.eu/2020/04/29/coronavirus-crisis-support-for-eu-farmers/>
- **“The next phase of Brexit negotiations”**, Europäisches Zentrum für Politik, 28. April,
<http://www.epc.eu/en/Publications/The-next-phase-of-Brexit-negotiations~325e88>
- **“Coronavirus: globalisation is not the cause but the remedy”**, Stiftung Robert Schuman, 28. April,
<https://www.robert-schuman.eu/en/doc/questions-d-europe/qs-556-en.pdf>
- **“A Federal Europe: the way out of the crisis”**, Spinelli-Gruppe im Europäischen Parlament, 28. April,

https://www.federalists.eu/fileadmin/files_uef/press_releases/Spinelli_Group_Way_out_Crisis_20200428.pdf